

Antrag 188/I/2018**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Türkisches Vorgehen in Nordsyrien verurteilen**

1 Wir fordern die sozialdemokratischen Bundesminister*in-
2 nen auf:

3

- 4 • sich für die sofortige Beendigung der türkischen Mi-
5 litäroffensive gegen die Kurd*innen einzusetzen
6 • Menschenrechte zum Maßstab sozialdemokrati-
7 scher Politik zu machen - nicht die politischen Inter-
8 essen der türkischen Regierung
9 • sich für eine Ächtung der Gewalt gegenüber der kur-
10 dischen Bevölkerung und anderer Minderheiten in-
11 nerhalb der Türkei und Nordsyrien einzusetzen
12 • keine weiteren deutschen Waffenexporte in die Tür-
13 kei zu genehmigen
14 • sofort Schutzzonen in Nordsyrien zu schaffen und
15 dort humanitäre Hilfsprogramme einzuleiten
16 • finanzielle Hilfeleistungen für die Türkei nur zweck-
17 gebunden zur Unterstützung von Geflüchteten zu
18 gewähren.

19

20 Die Türkei, vertreten durch ihren Präsidenten Recep Tayy-
21 ip Erdogan, führt im Norden Syriens einen Angriffskrieg
22 gegen die kurdische Bevölkerung. Deren bewaffnete Kräf-
23 te, die YPG, waren lange Zeit Verbündete der Internati-
24 onalen Allianz gegen den sogenannten Islamischen Staat
25 (IS) und haben großen Anteil an der fortschreitenden Zer-
26 schlagung des IS. In diesem Zusammenhang wurden sie
27 von Bündnispartner*innen Deutschlands, u.a. den USA,
28 mit Waffen ausgestattet.

29

30 Die Türkei stuft die YPG als Terrororganisation ein und
31 nutzt dies als Argument, um militärisch gegen die kur-
32 dische Bevölkerung in Syrien vorzugehen. Nach Berichten
33 von Menschenrechtsorganisationen werden gezielt zivile
34 Einrichtungen von der türkischen Armee angegriffen, so-
35 dass auch Alte und Kinder unter den Opfern sind. Die Tür-
36 kei beabsichtigt, ihren Einfluss in der Region auf Kosten
37 der kurdischen Bevölkerung auszubauen und agiert dabei
38 völkerrechtswidrig.

39

40 Bei den Kampfhandlungen kommen auf türkischer Seite
41 auch deutsche Leopard-2-Panzer zum Einsatz. Somit ver-
42 wendet die Türkei Waffen deutscher Hersteller, deren Ver-
43 kauf an den NATO-Partner teilweise durch sozialdemokra-
44 tische Minister genehmigt wurden. Durch diese Verwick-
45 lung in den Konflikt tragen die sozialdemokratischen Bun-
46 desminister*innen besondere Verantwortung dafür, sich
47 für ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen einzuset-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern die sozialdemokratischen Bundesminister*in-
nen auf:

- sich für die sofortige Beendigung der türkischen Mi-
litäroffensive gegen die Kurd*innen einzusetzen
- Menschenrechte zum Maßstab sozialdemokrati-
scher Politik zu machen - nicht die politischen Inter-
essen der türkischen Regierung
- sich für eine Ächtung der Gewalt gegenüber der kur-
dischen Bevölkerung und anderer Minderheiten in-
nerhalb der Türkei und Nordsyrien einzusetzen
- humanitäre Hilfsprogramme **in Nordsyrien** einzulei-
ten
- finanzielle Hilfeleistungen für die Türkei nur zweck-
gebunden zur Unterstützung von Geflüchteten zu
gewähren.

Die Türkei, vertreten durch ihren Präsidenten Recep Tayy-
ip Erdogan, führt im Norden Syriens einen Angriffskrieg
gegen die kurdische Bevölkerung. Deren bewaffnete Kräf-
te, die YPG, waren lange Zeit Verbündete der Internati-
onalen Allianz gegen den sogenannten Islamischen Staat
(IS) und haben großen Anteil an der fortschreitenden Zer-
schlagung des IS. In diesem Zusammenhang wurden sie
von Bündnispartner*innen Deutschlands, u.a. den USA,
mit Waffen ausgestattet.

Die Türkei stuft die YPG als Terrororganisation ein und
nutzt dies als Argument, um militärisch gegen die kur-
dische Bevölkerung in Syrien vorzugehen. Nach Berichten
von Menschenrechtsorganisationen werden gezielt zivile
Einrichtungen von der türkischen Armee angegriffen, so-
dass auch Alte und Kinder unter den Opfern sind. Die Tür-
kei beabsichtigt, ihren Einfluss in der Region auf Kosten
der kurdischen Bevölkerung auszubauen und agiert dabei
völkerrechtswidrig.

Bei den Kampfhandlungen kommen auf türkischer Seite
auch deutsche Leopard-2-Panzer zum Einsatz. Somit ver-
wendet die Türkei Waffen deutscher Hersteller, deren Ver-
kauf an den NATO-Partner teilweise durch sozialdemokra-
tische Minister genehmigt wurden. Durch diese Verwick-
lung in den Konflikt tragen die sozialdemokratischen Bun-
desminister*innen besondere Verantwortung dafür, sich
für ein sofortiges Ende aller Kampfhandlungen einzuset-

48 zen.

|